

erschient an jedem Werk-  
tag, Beilagennehmern  
tägliche Beilagen  
und Postboten entgegen.  
Bezugspreis: in  
Kagold, durch d. Agenten,  
sach d. Post einj. Post-  
wörter monatl. 1.25 -  
Ergelnummer 1.1.  
Zusagen-Gebühr für die  
einzelnen Teile auf ge-  
wöhnlicher Schrift oder  
deren Raum bei einmaliger  
Einsendung 1.25 -  
bei mehrmaliger Wabst  
nach Tarif. Bei gerichtl.  
Vebreitung u. Anzeigen  
u. der Wabst hinfällig

# Der Gesellschafter

Amis- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Nagolder Tagblatt

Wegründet 1826.

Veröffentlichung, Druck und Verlag von O. W. Zeller (ehem. Zeller) in Nagold

Bismarckstr. 29.

Beilagen-Beilage im  
Oberamtsbezirk. — Ein-  
setzen sind daher von  
beidem anzugeben.

Die Zeit, welche mit der  
Zerlegung des Landes  
überhaupt, hat die Zeit  
des Landes in bestimmten  
Abständen über an der  
einzelnen Stelle erhalten.  
In allen den Fällen, die  
beilagen sind daher auf  
Vertrag der Zeitung über  
Veröffentlichung d. Beilagen.

Telegramm-Adresse:  
Gesellschafter Nagold.  
Postfachkonto:  
Stuttgart 5113.

Nr. 168

Freitag den 21. Juli 1922

96. Jahrgang

## Die Finanzlage Italiens

Der italienische Finanzminister Peano hat in voriger Woche in der Kammer eine Uebersicht über die Finanzen Italiens gegeben. Uebersicht, um nicht zu sagen: Bestürzung im ganzen Land. Es wurde klar, wie weit Italien schon in den Zusammenbruch Deutschlands und Österreichs hinein gezogen ist. Man sah, was der Fehlbetrag im neuen Rechnungsjahr von 6,5 Milliarden Lire bei einem Post von 45 Millionen, das viel fleißiger ist als das französische, nicht gerade so schlimm, wenn es damit sein Bewenden hätte. Peano hat aber die ausländische Schuld in Goldlire (11 Milliarden bei England und 9 Milliarden bei den Vereinigten Staaten) schlangelt — übrigens wie alle italienischen Schatzminister — zum Kennzeichen in die in Papierlire aufgemachte Rechnung eingesetzt. Nach der heutigen italienischen Solute der Papierlire beläuft sich aber die in Gold heimzusahlende Auslandsschuld nicht auf 21, sondern auf 65 Milliarden Lire und die Gesamtschulden Italiens kommen nicht auf 114, mit der Minister vorrechnete, sondern auf 175 Milliarden Lire. Zur Zinszahlung müßte also der Staatshaushaltplan um etwa 5 Milliarden jährlich mehr belastet werden. Der Fehlbetrag würde sich also nicht auf 6,5, sondern auf 11,5 Milliarden belaufen, von den Rückzahlungen ganz abgesehen.

Italien hat sich diese Zahlungen bisher von seinen Gläubigern stunden lassen; ob diese aber weiterhin darauf ohne andere Sonderangelegenheiten eingehen werden, bleibt fraglich. Amerika hat bereits verlangt, daß mit den Zinszahlungen am ersten des vergangenen März begonnen werden sollte, und England fordert das gleiche für den 1. Oktober. Wird diese Drohung wirklich durchgeführt, so wird die Lage der italienischen Finanzen trostlos, da die Einnahmen nur wenig über 18 Milliarden betragen. Beinahe 65 v. H. der Staatseinnahmen würden also zur Bezahlung der Zinsen der Staatsschulden verwendet werden müssen.

Peano ist nun in den Fehler der französischen Finanzminister verfallen und hat die Steuerzahler mit dem Hinweis auf die deutschen Entscheidungen zu trösten versucht, die Deutschland zahlen müsse, weil es „den Krieg gewollt“ habe.

Andererseits glaubt aber auch niemand in Italien daran, daß diese Schulden und ihre Zinsen wirklich gezahlt werden müssen. Die finanzielle Lage Italiens bleibt weit schwerer als Peano und die ministeriellen Zeitungen sie aus leicht erkennlichen Gründen hinstellen suchen. Die Wirtschaftslage Italiens ist alles andere als rosig. Im Finanzleben hat es einen Krach wie den der Stahlbank erlebt, die Industrie ist in voller Krise, die Häfen und die Seeschifffahrt trotz aller Staatsbeihilfen desgleichen, und für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse flodert immer mehr die Ausfuhr, da Mitteleuropa, das sie aufnahm, immer weniger kaufkräftig wird. Die italienische Handelsbilanz (9,5 Milliarden Ausfuhr und 20 Milliarden Einfuhr) ist mit über 10 Milliarden, also über die Hälfte, passiv. Auch ist der Fehlbetrag wahrscheinlich höher als Peano es annimmt, da er seinen Rechenschaftsbericht mit dem 21. Mai abschließt, während das Finanzjahr bis zum 30. Juni läuft, so daß man nicht weiß, welche Ausgaben in diesen 40 Tagen gemacht worden sind.

Am dem Fehlbetrag von angeblich 6,5 Milliarden fragen die Hauptschuld die Eisenbahnen und die Post, die zusammen einen Fehlbetrag von nicht weniger als 2 Milliarden verursachen. Zur Vinderung der Finanznot hat Peano nichts anderes angeben können, als die alte Mahnung: „Mehr einnehmen und weniger ausgeben.“ Die Frage ist nur, wie das zu bewerkstelligen ist. Die Steuerschraube ist in Italien bereits in einem Maß angezogen, daß eine weitere Verschärfung kaum möglich ist. Ersparnisse könnten zweifellos gemacht werden, und Italiens berühmtester Nationalökonom, Einaudi, schreibt im Corriere della Sera einen Artikel nach dem andern, um nachzuweisen, daß die für die Unterstützung einer nicht lebensfähigen Industrie und Seeschifffahrt gezahlten Unterstützung, in den „Stämmen des M. Pantralius“, d. h. ins bodenlose geworfen würden. Ersparnisse könnten ferner durch Reform der durch unnützes Personal überfüllten Beamtenstellen und schließlich durch Herabsetzung der Zahlstärke des Heers und der Polizei erreicht werden. Am wichtigsten und notwendigsten wäre eine Verminderung der Beamtenzahl, besonders in der Eisenbahnverwaltung. Bei einer Kammer deren Abgeordnete aber mißachtet diese ihrer Mitglieder in die Kammer zu bringen suchen, und bei einer Regierung, die, alle Augenblicke in Gefahr, gestürzt zu werden, sich an keine größere und durchgreifende Reform machen kann, ist ein solches Unternehmen, das einen nicht leichten Kampf mit dem mächtigen Eisenbahnverband kosten würde, nahezu ausgeschlossen. In Italien ist, wie überall, die

finanzwirtschaftliche Frage im letzten Grunde eine inner- und außenpolitische Frage; sie löst sich von selbst, wenn die innerpolitische Lage zusammen mit der politischen Lage in Europa von Grund aus geändert wird, und die Lage ist unheilvoll, wenn auf dem einen wie auf dem andern Gebiet die Dinge so bleiben, wie sie gegenwärtig sind.

## Die Getreideumlage

Aus den Verhandlungen über die Umlage im Reichstage haben sich von selbst drei wichtige Fragen heraus: Das Lieferungsoll, die Beizergrenze und der Preis für das Umlagegetreide. 2,5 Millionen Tonnen Getreide sollen zwangswise erfaßt werden; das erste Drittel bis zum 31. Oktober, das zweite Drittel bis zum 15. Januar und das letzte Drittel bis zum 28. Februar. Getreideanbauflächen bis zu 2 Hektar, sofern sie zu Betrieben unter 10 Hektar gehören, bleiben von der Umlage befreit. Für das erste Drittel ist der Preis, wie folgt, festgesetzt: für Roggen 345 Mark, für Weizen 380 Mark, für Gerste 355 Mark, für Hafer 330 Mark, je Hektar. — Für das zweite und dritte Drittel der Umlage legt die Reichsregierung die Preise auf der Grundlage der für das erste Drittel geltenden Preise nach Anhörung eines Ausschusses fest.

Das Lieferungsoll in der gesetzlich vorgesehenen Höhe von 2,5 Mill. Tonnen wird von der Landwirtschaft in dem Wirtschaftsjahr 1922/23 für unerfüllbar erklärt, weil wir im Vergleich zum Erntelohr 1921/22 einen Ausfall von wenigstens 25 Prozent erleiden. Das statistische Amt gelangt auf Grund sorgfältiger, an Ort und Stelle vorgenommener Schätzung zu dem gleichen Ergebnis. Während die Ernte 1921 an Brotgetreide etwa 10 Mill. Tonnen geliefert hat, dürfte die diesjährige Ernte nicht mehr als 7,5 Mill. Tonnen ergeben. Die Ernte 1921 teilte sich folgendermaßen auf:

Getreideumlage	2,5 Mill. To.
Selbstversorgung der Landwirtschaft	3,5 Mill. To.
Sozialbedarf	1,0 Mill. To.
Arbeiter-Depotale	0,5 Mill. To.
Freies Getreide	2,5 Mill. To.
	10 Mill. To.

Die Ernte 1922, die schätzungsweise 7,5 Mill. Tonnen beträgt, ist bereits mit der Getreideumlage, der Selbstversorgung, dem Sozialbedarf und dem Arbeiterdepotat vollkommen erschöpft und löst, im ganzen genommen, keine Möglichkeit zu, freies Getreide auf dem Markt zu verkaufen. Hieraus ergibt sich die Unmöglichkeit der Ausbringung, weil die Decke zu kurz ist. Dabei ist die Futterfrage unbeachtet geblieben. Wir haben in großen Teilen Deutschlands, wo Dürre geherrscht hat, vor einer Raufutter- und Futtergetreideknappheit. Der Landwirt müßte also sein getragenes Brotgetreide zum Umlagepreis von 345 Mark abliefern, um sich Weizen zum Preise von 380 Mark dafür zu kaufen. Das Futterverbot von Brotgetreide wird daher in diesem Jahr ohne entsprechende Gegenlieferung von Weizen seitens des Reichs zu entsprechenden Preisen nicht zu halten sein.

## Gregor Mendel, der Begründer der Vererbungslehre

Volle dreißig Jahre mußten vergehen, bis das für die Pflanzen- und Viehzucht und damit für die gesamte Landwirtschaft außerordentlich wichtige Forschungsergebnis, welches der Augustinermönch Gregor Mendel über die Gesetzmäßigkeit in der Vererbung der Pflanzen gefunden und im Jahr 1870 bekanntgegeben, zum Gemeingut der Wissenschaft geworden ist. Erst um das Jahr 1900 herum fanden diese Untersuchungen eine neue Wiederbelebung durch die Arbeiten der Gelehrten Correns, Münster, v. Tschermak, Wien und de Vries, Amsterdam.

Als der Sohn einfacher Bauerleute in dem Landsiedler Heinzendorf an der mährisch-schlesischen Grenze vor 100 Jahren, am 22. Juli 1822 geboren, hatte Johann Mendel, oder wie er nach seinem Eintritt in den Augustinerorden genannt wurde: Gregor Mendel eine schwere, an Arbeit reiche Jugend durchzumachen, bevor er 1843 als Novize in das Altbrünnener Augustinerkloster eintrat und dort, seiner großen Begabung für Physik und Naturwissenschaft zufolge, schnell zum Amt eines Lehrers für Naturgeschichte an der Oberrealschule in Brünn aufstieg. Seine 1868 erfolgte Wahl zum Abt seines Klosters ließ ihn leider seine Forschungen in weniger großzügigen Formen als vorher bleiben und seine Kraft zum Teil in dem Dienst seiner Verwaltungsaufgaben aufbrauchen. Er starb am 6. Januar 1884.

Mendels naturwissenschaftliche Arbeiten fallen in die Jahre 1856—1872. Seine an Umfang und Zahl sehr reichen botanischen Versuche stellte er im Garten seines Klosters an. Allerdings hatten bereits vor ihm Gelehrte, wie Kölreuter, Gärtner, Widern und andere sich mit dem Problem der Bastardzeugung im Pflanzenreich beschäftigt, doch hatte keiner dieser Forscher auch nur versucht, Gesetze über die Verer-

bungswerte der Hybriden, wie Mendel die erste Generation der Mischlinge, welche durch künstliche Befruchtung erzeugt wurden, genannt hatte, aufzustellen. Der Brünner Gelehrte hat als erster in dieser Absicht höchst mühsame Versuche hauptsächlich an Erbsen (in über 10.000 Exemplaren), Bohnen und Hieracien angestellt, und zwar „in dem Umfang und der Weise, daß es möglich war, die Anzahl der verschiedenen Formen, unter welchen die Nachkommen der Hybriden auftreten, zu bestimmen, daß man diese Formen mit Sicherheit in den einzelnen Generationen ordnen und die gegenseitigen numerischen Verhältnisse feststellen konnte.“

Wie kam Mendel nun zu seinen gesetzmäßigen Forschungsergebnissen und welches sind diese? Er kreuzte unter anderem zwei Arten von dem bekannten Gartenbohnenmehl (Antirrhinum majus), und zwar ein elfenbeinfarbiges aus einer dauernd elfenbeinfarbigen Rasse und ein rotes aus einer dauernd roten Rasse. Jede Pflanze entsteht als das Erzeugnis der Vereinigung zweier Sexualzellen, einer männlichen und einer weiblichen. Befruchtet man nun eine rote Pflanze mit Pollen einer elfenbeinfarbigen oder umgekehrt, so erhält man einen Bastard mit blauroter Farbe. Das Entscheidende ist nun aber das Verhalten dieser Mischlinge bei einer Befruchtung untereinander. Man erhält dann nämlich eine Nachkommenschaft, die aus dreierlei verschiedenen Arten besteht. Ein Teil dieser Bastarde hat rote Blüten, genau wie der eine Elter, ein zweiter Teil hat elfenbeinfarbige Blüten, wie der andere Elter, und ein dritter Teil endlich hat blaurote Blüten. Wenn man viele solcher Pflanzen (als Anteil der ursprünglich gekreuzten Pflanzen) großzieht, dann kann man feststellen, daß diese drei Arten, die roten, die blauroten und die elfenbeinfarbigen Pflanzen, untereinander im Verhältnis von 1:2:1 stehen, d. h. von 100 solchen Pflanzen werden etwa 25 rot, 50 blaurot und 25 elfenbeinfarbig sein, und ganz entsprechende Verhältniszahlen wird man immer erhalten, wenn man diesen Versuch wiederholt. Die auf diese Weise gewonnenen roten Pflanzen erweisen sich in ihrer Nachkommenschaft als völlig dauernd, haben ausschließlich eine rote Nachkommenschaft, die elfenbeinfarbig sind ebenfalls dauernd, aber die blauroten verhalten sich in ihrer Nachkommenschaft genau wie der erste ursprüngliche Bastard, d. h. sie „spalten“ wieder auf in ein Viertel rote, zwei Viertel blaurote und ein Viertel elfenbeinfarbige Nachkommen. Wie kommt das zustande? Die Erklärung gibt die zuerst von Mendel aufgestellte, heute fast zur Gewissheit gewordene Annahme, daß jeder derartige Bastard zweierlei Arten von Sexualzellen bilde, und zwar 50 Prozent „väterliche“ und 50 Prozent „mütterliche“.

Kreuzungsversuche, wie die oben genannten, sind in den letzten Jahren in sehr großer Zahl mit den verschiedensten Lebewesen angestellt worden. Man hat gefunden, daß überall die gleichen Gesetzmäßigkeiten in Geltung sind, einerseits, ob man mit Dönnemehl oder mit Getreidearten, mit Mäusen oder Ratten, mit Schnecken oder Schmetterlingen Versuche anstellt. Die Bedeutung der gewonnenen Regeln für die Bildung neuer Formen sowie für die praktische Züchtung hat Mendel wohl geahnt. Es ist aus ihnen und anderen komplizierten Versuchen die heute ziemlich bedeutend gewordene Vererbungswissenschaft geworden.

In die praktische Landwirtschaft bringen die Ergebnisse der Forschungen Mendels und seiner Nachfolger allmählich mehr und mehr. Man erkennt, welche ungeheure Ausichten diese Arbeiten für die Zukunft in sich tragen.

## Aus dem Reich

### Beamtenveränderungen in Preußen

Berlin, 20. Juli. Auf Grund des neuen Beamtenverpflichtungsgesetzes werden in Preußen folgende Regierungspräsidenten außer Dienst gestellt: in Hildesheim, Kurck, Magden, Osnabrück, Münster, Koblenz, Trier, Stettin, Merseburg, Marienwerder. Zum Oberpräsidenten der Rheinprovinz ist Dr. Fuchs (Hr.) ernannt worden. Demnächst soll auch eine größere Anzahl von Landratsstellen in Ostpreußen durch Angehörige der drei Regierungsparteien und der Deutschen Volkspartei ersetzt werden.

### Die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft

Berlin, 20. Juli. Vertreter des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und der Demokratischen Partei hatten heute wieder eine Besprechung über die Arbeitsgemeinschaft der drei Parteien (der verfassungstreuen Mitte). Dadurch soll wieder die Selbständigkeit jeder Partei aufgehoben, nach ein Bürgerblock im Gegensatz zur sozialistischen Arbeitsgemeinschaft geschaffen werden. Der Zweck ist, auf der Grundlage der republikanischen Verfassung die Politik nach innen und außen festiger und fester zu gestalten und die parlamentarischen Arbeiten zu vereinfachen. Die Verhandlungen werden fortgesetzt.

### Die Finanzüberwachung

Berlin, 20. Juli. Das Reichsfinanzministerium wird nunmehr ab die in Berlin verbleibenden Vertreter des Garantieauschusses über die Einnahmen und Ausgaben des Reichs regelmäßig auf dem Laufenden erhalten und durch einen



beweglichen Ueberwachungsdiens dem Aus-  
scheidung die Sicherheit geben, doch die Vorschriften pünktlich be-  
folgt werden. Die Forderungen bestimmter Maßnahmen  
gegen die Kapitalflucht wurden von der Reichsregierung an-  
genommen, da sie die Hoheit des Reichs nicht antasten und das  
Geheimnis der deutschen Steuerpflichtigen nicht verletzen.

#### Bayerischer Ministerrat

München, 20. Juli. Der bayerische Ministerrat trat ge-  
tern zu einer Sitzung zusammen, die fast den ganzen Tag  
dauerte. Der Gesandte von Frege r erstattete Bericht über  
die Vorgänge in Berlin. Die Beschlußfassung wurde aus-  
gesetzt, da das Ausnahmegesetz erst am Samstag in Kraft  
tritt und die Regierung die Stellung der bürgerlichen Re-  
gierungsparteien im Landtag abwarten will. Die Bayerische  
Volkspartei und die Mittelpartei, die für sich schon die Mehr-  
heit haben, erklären das Schußgesetz nach wie vor für un-  
annehmbar, nötigenfalls werden sie aber für eine Auflösung  
des Landtags und für Neuwahlen eintreten.

Wie man jetzt erfährt, wollte der badische Justizminister  
T r a n k in vergangener Woche einige Tage in München, um  
mit der Regierung sich zu besprechen.

#### Zurückberufung der bayr. Truppen

München, 20. Juli. Die auf den Truppenübungsplätzen  
Münchinger (Würt.) und Ohrdruff (Thüringen) übenden  
bayerischen Reichswehrtruppen der Standorte München,  
Lugsburg, Kempfen, Plandau und Landsberg sind in ihrer  
Barnasionen zurückberufen worden.

#### Schiffsraub.

Berlin, 20. Juli. Infolge eines neuerdings ergangenen  
Spruch des amerikanischen Schiedsrichters hat Deutschland  
von seinem Schiffsbestand an der „internationalen“ Ozean-  
abzutreten: An die Tschechoslowakei 35 700 Tonnen Kaba-  
raum, 5685 PS, Schleppkraft, sowie ein Liegeplatz in Oppeln  
an Polen 40 700 Tonnen Kabraum, 4890 PS, Schleppkraft  
sowie ein Liegeplatz in Küstrin

#### Aus dem Parteileben

Berlin, 20. Juli. Der Reichstagsabgeordnete Major o. D.  
H e n n i n g, der Führer des deutsch-völkischen Flügels der  
Deutschnationalen Volkspartei, ist aus der Reichstagsfraktion  
der Partei ausgeschlossen worden. Abg. Dr. D ü h-  
r i n g e r, der ehemalige badische Justizminister, der auf dem  
liberalen Flügel der Partei steht, hat seinen Austritt erklärt.  
Der Fraktion ging die Tätigkeit des Abg. Henning zu weit,  
weil sie ihm empfahl, die Fraktionsgemeinschaft aufzulösen.  
Abg. Dühringer hatte ein schärferes Vorgehen gegen  
den äußersten rechten Flügel gewünscht.

#### Neue Partei?

Berlin, 20. Juli. Die Mitglieder der deutschnationalen  
Reichstagsfraktion Abgg. v. G r ä f e und W u l f e haben die  
Fraktion mitgeteilt, daß sie angesichts der Entscheidung über  
den Abg. Henning in der Fraktion nicht weiter mitarbeiten  
können, bis der Fall nochmals zur Verhandlung gekommen  
sei. Henning hat mit seinen engeren Freunden über die  
Gründung einer neuen Partei beraten.

#### Es fängt gut an im Saar-Landesrat

Saarbrücken, 20. Juli. In der gestrigen ersten Sitzung  
des Landesrats gab der von der (Verbands-) Regierungskommission  
ernannte Präsident K o h m a n n eine „Bot-  
schaft“ der Kommission bekannt, die die Erwartung aus-  
spricht, daß der Landesrat sich den gegebenen Verhältnissen  
fügen werde. Die Fraktionen wünschten dazu eine Erklärung  
abzugeben; statt dessen hielt Kohmann selber eine Rede.  
Der Landesrat griff die „Regierung“ an, daß ihre früheren  
Versprechungen nur leere Worte seien. Kohmann hob die  
Sitzung auf. Als sie noch einiger Zeit wieder eröffnet  
wurde, erklärte er namens der Kommission, daß diese nicht  
geneigt sei, von ihrem Standpunkt abzuweichen, sie wolle  
aber die Verteilung der Einkünfte der Parteien gestatten,  
doch dürfe darüber nicht gesprochen werden.

### Dom Ausland

#### Eine „bedeutende Straffumme“.

London, 20. Juli. Der Lordkanzler Lord Birken-  
head sagte in einer Rede, die schlimme Finanzlage Deutsch-  
lands sei in hohem Maß eine Folge seiner ungeschickten Fi-  
nanzpolitik, aber es sei noch seiner Meinung unrichtig, daß  
der Markt von der Reichsregierung absichtlich herbei-  
geführt sei. Man müsse sich die großen Schwierigkeiten  
gegenwärtig halten, mit denen Deutschland zu kämpfen habe  
er hoffe, daß die Verbündeten eine Lösung finden werden  
die Deutschland eine bedeutende Straffumme zahlen lasse  
ohne ihnen am Ende jede Zahlung unmöglich zu machen

### Aus Stadt und Bezirk.

Magd., den 21. Juli 1922.

#### Studentennot.

Nicht oft genug kann darauf hingewiesen werden, wie  
schwer in diesen Zeiten einer wirtschaftlichen Krise der junge  
Nachwuchs unserer geistlichen Arbeiter und Führer, der deutsche  
Student, leidet, aber immer noch ist es unserm Volk in seiner  
Allgemeinheit nicht ins Bewußtsein gedrungen, wie bitter  
sich unsere jungen Studenten durchs Dasein kämpfen müssen.  
Nur wer genauer die Verhältnisse kennt, weiß, wieviel tüftel  
Pensum unser zuckender Jugend hinter ihrem Kampf  
um Dasein sich verbirgt. Um die große Not zu lindern,  
bedarf es der Mitwirkung aller Kreise, denn es gilt nicht  
bloß dem deutschen Studenten zu helfen, es geht um den  
Fortbestand der deutschen Wissenschaft und Technik. In  
Tübingen hat sich bekanntlich, um der „Studentennot“ zu  
steuern, ein E. B. „Tübinger Studentenhilfe“ gebildet,  
dem es gelungen ist, durch Ausgabe von verbilligtem  
Essen, durch Einrichtung von Bekleiderstätten, einer  
Schere und Schuhmacherei den drohenden Untergang vieler

Tübinger Studenten bisher fernzuhalten. Von 3000 St-  
udenten in Tübingen ist heute — bei einem Existenz-  
minimum von 1500—2000 Mark monatlich — demnähe  
die Hälfte gendigt, mit einem Wechsel von 800—1200 Mark  
durchzukommen; viele besitzen noch weniger. Diese Zahlen  
zeigen, wie nötig die Hilfe ist, wenn nicht die tätigensten  
Söhne des würt. Mittelstandes zum endgültigen Verzicht  
auf das Hochschulstudium gezwungen werden sollen. Der  
Bereits „Tübinger Studentenhilfe“ hat bereits reichliche Arbeit  
geleistet, das geht aus einem Bericht hervor, der die Zeit vom  
Ende des Sommersemesters 1921 bis Ende des Wintersemesters  
1922 umfaßt. Einzelheiten aus diesem Bericht werden dem-  
nächst veröffentlicht.

Von der Post. Infolge der häufigen Postgebühren-  
erhöhungen der letzten Jahre und der Ueberlastung der  
Reichsdruckerei ist es nicht möglich gewesen, die jeweils er-  
forderlichen neuen Markenwerte stets rechtzeitig herzustellen;  
einige Werte der Germanianausgabe haben daher ausblei-  
bende in Verkehr betreten werden müssen. Der Verkauf der  
noch vorhandenen Germaniamarken, es handelt sich in der  
Hauptsache um solche zu 75 J., 1 1/2 M. und 4 M., wird  
zunehmend mit Ablauf des Monats September bei den  
Postanstalten eingestellt werden. Sämtliche Germaniamar-  
ken verlieren mit dem 31. Oktober d. J. ihre Gültigkeit.  
In den Händen des Publikums befindliche Stücke können  
bis zu diesem Tage gegen andere Postwertzeichen zum Nenn-  
wert umgetauscht werden.

Das Kulturbauwesen in Württemberg. Der zuständige  
Seite wird mitgeteilt: Behufs weiterer Förderung von Unter-  
nehmungen der Landeskultur sind auf 1. Juli ds. Js. die  
Kulturbauämter mit dem Sitz in Heilbronn, Reutlingen, Ra-  
densburg und Hall mit Wirkung vom 1. Juli ds. Js. errich-  
tet worden. Die bisherigen Kulturinspektoren führen zu  
Jankunft die Amtsbezeichnung „Kulturbauamt“.

Der Waldbesitzerverband für Württemberg und Hohen-  
zollern umfaßt nach dem Stand vom 1. Juli an Körper-  
schafswald 50 Waldbesitzer bis 20 Hektar mit 611 Hektar,  
139 Waldbesitzer von 20—100 Hektar mit 7654 Hektar,  
264 Waldbesitzer von 101—1000 Hektar mit 64 229 Hektar,  
47 Waldbesitzer von 1001—5000 Hektar mit 30 842 Hektar  
zusammen 521 Gemeinden mit 133 633 Hektar; an Beisätzen:  
1622 Waldbesitzer bis 20 Hektar mit 5345 Hektar, 92 Waldbesitzer  
von 21—100 Hektar mit 4116 Hektar, 36 Waldbesitzer  
von 101—500 Hektar mit 7858 Hektar, 12 Waldbesitzer von  
501—1000 Hektar mit 8008 Hektar, 26 Waldbesitzer über  
1000 Hektar mit 83 041 Hektar, zusammen 1788 Private mit  
108 967 Hektar. Insgesamt 2309 waldbesitzende Mitglieder  
mit 244 000 Hektar. Bemerkenswert ist das Ueberwiegen  
der Gemeindewaldstücke im Waldbesitzerverband.

Die Reichsfestertage. Wie wir von zuständiger Seite er-  
fahren, ist die durch die Presse gegangene Mitteilung des  
„Vorwärts“ über einen dem Reichsrat vorliegenden Gesetzentwurf  
über die reichsrechtlich anerkannten Feiertage in  
wesentlichen Punkten unzutreffend.

Wo kommt unsere Butter hin? Aus dem bayerischen U l l-  
g ä u wird berichtet, daß dort eine Knappheit an Butter und  
Käse herrscht, wie während des Kriegs in Berlin und an-  
deren norddeutschen Großstädten. Grund: Verkäufer aus  
Norddeutschland kaufen in Automobilen von Ort zu  
Ort und kaufen um jeden Preis. Bestimmungsstationen  
vorwiegend Mainz und Köln. Wohin von da aus die Trans-  
porte weiter gehen, das ist nicht schwer zu erraten. Die  
Engländer und die Franzosen werden eben dahin-  
ter gekommen sein, daß sie mit Hilfe unserer schlechten Va-  
luta die Butter von uns billiger beziehen, als von Dänemark  
und Holland. — Das Reich aber läßt die Sache gehen, wie  
sie eben nun einmal geht, und trotz aller Vorstellungen der  
Süddeutschen Regierungen denkt man in Berlin nicht daran,  
durch Wiedereinführung der Kontinentierung für Schlach-  
tvieh und Milchzeugnisse der einheimischen süddeutschen Be-  
völkerung die Deckung des eigenen Bedarfs zu erschwing-  
lichen Preisen zu ermöglichen.

Neue Landesgrundpreise für Nutholz. Die württemb-  
ergerischen und bayerischen Waldbesitzer haben sich auf fol-  
gende Sätze geeinigt, die mit dem 1. August in Kraft treten  
Süchten und Tannenstammholz. Langholz 1. Klasse 2100  
2. Kl. 1900, 3. Kl. 1700, 4. Kl. 1550, 5. Kl. 1400, 6. Kl. 1150  
für regelmäßiges Hölzchen- und Tannenabstammholz 1. Kl. 2100,  
2. Kl. 1750, 3. Kl. 1400, 4. Kl. 1150, für Kiefernstamm-  
holz 1. Kl. 2450, 2. Kl. 2100, 3. Kl. 1750, 4. Kl. 1550, 5. Kl. 1400,  
6. Kl. 1150, für regelmäßiges Kiefernabstammholz 1. Kl. 2650,  
2. Kl. 2100, 3. Kl. 1550, 4. Kl. 1150, für entrindetes  
Papierholz 1. Kl. 1050, 2. Kl. 900, 3. Kl. 700 (mit Rinde  
10 Prozent weniger), für Buchenstammholz 1. Kl. 2400, 2. Kl. 2100,  
3. Kl. 1800, 4. Kl. 1500, 5. Kl. 1200, 6. Kl. 900, Schmel-  
lenholz, Waide 1. Kl. 1100, 2. Kl. 950, Eiche 1. Kl. 1300,  
2. Kl. 1100, Kiefern 1. Kl. 1200, 2. Kl. 1050 (alles in Mark  
je Kubikmeter, Papierholz je Raummeter).

#### Württemberg.

Unterjettingen, 20. Juli. Kirchenkonzert. Nächsten  
Sonntag werden wir die Freude haben, Frä. Meta Dieckel-  
hier singen zu hören. Pfarrcr Paulus-Kemmlingheim wird  
die Orgelbegleitung haben, Hr. Weltbrecht Blasin spielen  
und der Kirchenchor mitwirken. Das Thema wird sein:  
„Sommer und Ernte.“ Auf die Anzeige in der heutigen  
Nummer ist hingewiesen.

Stuttgart, 20. Juli. Die sozialistische Einigung  
Die Parteiführung der Unabh. Sozialdemokraten in Württem-  
berg richtete an die Parteizentrale in Berlin ein Telegramm  
in dem sie die Gründung einer sozialistischen parlamentarischen  
Arbeitsgemeinschaft begrüßt als einen bedeutungsvollen  
Schritt auf dem Weg zur sozialistischen Einigung.

Ernennung. Zu Oberlehrern in Gruppe 9 B. O. wurden  
9 evangelische und 3 katholische Oberlehrer, zu solchen in  
Gruppe 8 25 evangelische und 5 katholische Hauptlehrer  
ernannt.

Rohrbruch. Vor dem Landtaggebäude brach heute um  
die Mittagstunde ein Hauptrohr der Wasserleitung. Längere  
Zeit ergoß sich aus einem Schacht ein riesiger Sprudel bis  
zur Haushöhe auf die Straße. Unter den zahlreichen Zu-  
schauern konnte man des öftern die Bemerkung hören, ob  
diese Dusch dem Landtag für seine morgige Volleriamlung  
und die kommenden zweifellos beweuten Beratungen  
gellen.

Kirchenbeschlagnahme. Am Mittwoch wurde wieder ein  
Sendung von etwa 100 Zentner Kirchen beschlaggenommen. Die  
Sendung bestand aus Tafelkränzen, die zum Teil schon etwa  
verdorben und als „Brennkränzen“ an den gleichen Händen  
verpackt waren, dem am letzten Samstag 100 Ztr. beschlag  
nahmen wurden, weil er keine Handelserlaubnis hatte.

Feuerbach, 20. Juli. Radlerunfall. Ein 19 Jahre  
alter Radfahrer von Stuttgart wurde in der Ludwigsburger  
StraÙe infolge eigener Unvorsichtigkeit durch einen Kraft-  
wagen vom Rad geschleudert. Da er schwer verletzt war  
erfolgte seine Ueberführung ins Krankenhaus.

Silkenbuch bei Stuttgart, 20. Juli. Einbruch. Am  
Sonntag früh wurde das hiesige Waldheim zum wiederholten  
Male von einer Diebesbande heimgesucht. Gestohlen wurden  
Kleidungsstücke, Nahrungsmittel usw. Ein mit Backwaren  
vollgepackter Sack am Latort läßt darauf schließen, daß die  
Diebe bei ihrer Arbeit gestört worden sind.

Oehringen, 20. Juli. Protest. Die provisorische Be-  
setzung der Direktorstelle des Ueberlandwerkes führte zu einer  
Protestversammlung der ländlichen Gemeinden und der  
Landwirte. Der Rücktritt des oberamtslichen Beamten, der  
zum stellw. Direktor ernannt worden war, wurde einstimmig  
gefordert und die Berufung eines Sachmannes verlangt.

Ulm, 20. Juli. Gegen das Waisenhaus. Nachdem  
4 Städte (Ehningen, Schwabach, Waiblingen und Eh-  
lingen) die Aufnahme des Stuttgarter Waisenhauses abge-  
lehnt hatten, beschloß das Kultusministerium, es in das frühere  
Garnisonslazarett in Ulm zu verlegen. Dagegen hat sich nun  
Oberbürgermeister Dr. Schwammberger veranlaßt und die  
Lehrerschaft Ulms hat sich dem Einspruch angeschlossen. Es  
wird dagegen vorgeschlagen, das Waisenhaus in das benach-  
barte Waiblingen zu legen, wo Stauogebäude und eine Hof-  
wirtschaft von 300 Morgen zur Verfügung stehen.

Getreideverjorgung im alten Hessen-Kassel. Philipp,  
Landgraf von Hessen, dem die Geschichte den Beinamen  
„Der Großmütige“ verliehen hat, befolgte zu Beginn des  
16. Jahrhunderts eine Getreidepolitik, an die kein anderer  
fürst seiner Zeit dachte. Sein Streben war darauf gerichtet,  
Leuerung und Hungersnot von seinem Lande fernzuhalten.  
Tobem seiner Untertanen, besonders dem armen Manne,  
sollte das tägliche Brot gesichert sein. Zu diesem Zwecke er-  
ließ er eine Anzahl Verordnungen, die von dem Fürsten,  
dessen Kanzler nur drei Schreiber aufwies, fast durch-  
weg selbst durchdacht wurden. Zunächst erließ er ein Aus-  
fuhrverbot für alles Getreide, das in hiesigen Landen ge-  
erntet wurde und ließ für dieses Getreide Höchstpreise fest  
setzen. So verhinderte er die Leuerung, die allenthalben eingetre-  
ten hätte. Außerdem speicherte er Getreide in Borratskellern  
auf, so im Kesseler Zeughaus, das gleichzeitig Fruchthaus  
gewesen ist. Diese sogenannten Festungsorräte teilte er in  
Jahren der Mähernte, wenn Mangel eintrat, unter die Be-  
völkerung und schuf mit dem in guten Jahren billig erwor-  
benen Getreide einen Ausgleich zu dem teuren Korn aus  
Notzeiten. In ganz besonders schweren Mähernten fehlt  
er dann eine Zwangsumlage durch, und zwar wurde aller  
im Privatbesitz befindliche und den eigenen Bedarf des Be-  
sitzers übersteigende Getreide durch fürstliche Beamte be-  
schlagnahmt und der Allgemeinheit zum Verkauf gestellt. So  
wirkte Philipp der Großmütige, von dem ein Zeitgenosse  
sagte, als Philipp gestorben war:  
Mit Kägen soll' man ausgraben gern,  
Wenn's möglich wär', den alten Herrn!

Die schweizerischen Viehschulden. Ueber die Rückzahlung  
der während des Kriegs von verschiedenen badischen und  
bayerischen Gemeinden in der Schweiz gemachten Viehschul-  
den ist laut „Baseler Nachrichten“ zwischen Deutschland und  
der Schweiz ein Abkommen in Vorbereitung, wonach Deutsch-  
land bereits für die ungefähre 6 Millionen Schweizerfranken  
betragende Forderung die abgelieferten Zinsen bezahlt und  
eine Abzahlung von 20 o. H. der Gesamtsumme sofort ge-  
leistet werden soll. Die verbleibenden 80 o. H. sollen inner-  
halb acht Jahren ratenweise getilgt werden. Was die  
würtembergischen Viehschulden anbelangt, so sind sie be-  
reits durch Ausgleichstellungen getilgt worden. Ein ähn-  
liches Abkommen wie über die Viehschulden wurden bereits  
vor einiger Zeit über die deutschen Viehschulden in  
der Schweiz abgeschlossen.

Im bayerischen Landtag wurde mitgeteilt, daß die Va-  
lutaschulden an die Schweiz (aus Vieh- und Futtermitteln wäh-  
rend des Krieges herührend) nunmehr infolge der Marktwertung  
etwa 80 Millionen Mark betragen. Die Schuld  
werde wahrscheinlich vom Reich übernommen werden.

Angerechter Lohn. Vom Lande schreibt man dem „Deut-  
schen Volksblatt“: Die gegenwärtige Leuerung zeigt auf  
dem Gebiete der christlichen Nächstenliebe Ergebnisse, die sehr  
uermwünscht sind. Das Bestreben, die Einkommen der zu-  
nehmenden Leuerung anzupassen, ist anerkanntem Wert. Unse  
unverständlich aber erscheint es, daß z. B. drei Wurmber-  
ger Schwestern in einer Gemeinde zusammen mit etwa 3000  
Mark jährlich abgefunden werden. Wenn man diese Ent-  
schädigung mit den jetzigen Gehältern z. B. der alleinstehen-  
den Lehrerinnen vergleicht, so tritt eine arge Ungleichheit zu-  
tage. Eine einzige Dienstmagd kostet das Dreifache.

#### Handelsnachrichten

Hellbarsen am 20. Juli 502,00 Mark.  
Weitere Erhöhung der Kohlenfrachtsätze auf dem Rhein. Vom  
Reichshohlenkommissar sind die Frachtsätze für den Kohlenverkehr  
auf dem Rhein erneut erhöht worden. Es betragen jetzt 4287 K  
für den Versand ab Jech nach Mannheim, 4883 K nach Karls-  
ruhe und 6027 K nach Nehl.

Erhöhung des Weizenmehlspreises. Infolge der neuerlichen Be-  
festigung der Deutschen sieht sich die Süddeutsche Mühlenvereini-  
gung gezwungen, den Preis für Weizenmehl Spezial 0 wieder zu  
erhöhen, nachdem er sich bekauntlich eine Woche in abwärt-  
gerichteter Haltung bewegte. Ab heute gelten für die 100 Kilo mit  
Sch ab Mühle 3375 K gegenüber 3325 K gestern.

Kollpreiserhöhung. Der Reichshollat hat die angekündigte Er-  
höhung der Kollpreise um 25 o. H. beschlossen. Die bis 15. Juli  
eingegangenen Anträge werden zu den alten Preisen ausgeführt.

Preisverhöhung für Papps. Die Verkaufereinigung Deutscher  
Pappefabrikanten erhöht ihre Preise mit Wirkung vom 1. Juli  
ab um 30—40 o. H.





**Ämtliche Bekanntmachungen.**

**Bezir. Kohlenversorgung.**

Wir nehmen Bezug auf die Bekanntmachung vom 25. Mai d. J., mit welcher auf die schlechte Kohlenversorgung aufmerksam gemacht und der Bevölkerung der Bezug von Auslandskohlen empfohlen wurde.

Daß Erfolg des Landesbrennstoffamts Stuttgart vom 18. ds. Mts. hat sich die Kohlenversorgung inzwischen weiter ungünstig gestaltet, sodaß der Bevölkerung der Bezug von Auslandskohlen sowohl für Hausbrand als auch für die Industrie wiederholt dringend empfohlen wird, indem eine genügende Eindeckung mit Inlandskohlen ausgeschlossen ist.

Nagold, den 19. Juli 1922. Oberamt: Müng.

**Frühkartoffeln.**

Die Landespreisstelle erachtet auf Grund der von ihr angefertigten Erhebungen für Frühkartoffeln zunächst einen Erzeugerpreis von 300-350 M für einen Zentner frei Verladestation des Erzeugers und einen Kleinverkaufspreis von 5-6 M für ein Pfund als angemessen.

Wegen alle Fälle, in denen höhere Preise angeboten, gefordert oder angenommen werden, muß wegen Verbot der Preissteigerung eingeschritten werden.

Nagold, den 19. Juli 1922. Oberamt: Müng.

**Bezir. Milchversorgung.**

Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung vom 18. Mai d. J. mache ich wiederholt darauf aufmerksam, daß es verboten ist:

1. Vollmilch, Magermilch und Sahne in gewerblichen Betrieben zur Herstellung von anderen Erzeugnissen als von Butter und Käse zu verwenden;
2. Vollmilch und Sahne in Konditoreien, Bäckereien, Gast-, Schank- und Speisewirtschaften sowie in Erfrischungsläden zu verarbeiten;
3. Sahne in den Verkehr zu bringen außer zur Herstellung von Butter und Käse in gewerblichen Betrieben und außer zur Abgabe an Krank- und Krankenanstalten auf Grund amtlicher Bescheinigung;
4. geschlagene Sahne (Schlaglahne) oder Sahnepulver herzustellen.

Die Ortspolizeibehörden werden angewiesen, den in Betracht kommenden Betrieben (Konditoreien, Bäckereien, Gast-, Schank- und Speisewirtschaften, sowie Erfrischungsläden) gegen Unterschrift bekannt zu geben mit der gleichzeitigen Erklärung, daß gegen Zuwiderhandlungen mit aller Schärfe eingeschritten und unter Umständen mit Schließung der Betriebe vorgegangen werden wird. (zu vergl. § 11 der Reichsverordnung vom 30. April 1921.)

Nagold, den 20. Juli 1922. Oberamt: Müng.

**Märkte-Verbot.**

Wegen Ausbruch der Maul- und Klauenseuche in Effringen ist die Abhaltung der folgenden Vieh- und Schweinmärkte im Oberamtsbezirk Calw bis auf Weiteres verboten worden.

Nagold, den 20. Juli 1922. Oberamt: Müng.

**Freie Sattler- und Tapezier-Innung Nagold.**

Nachdem daß von den hierzu beauftragten Bevollmächtigten unterm 16. April 1922 entworfene Statut der zu gründenden Freien Sattler- und Tapezier-Innung Nagold umfänglich den Oberamtsbezirk Nagold, am 17. Juli 1922 Nr. 5894 die Genehmigung der Kreisregierung erhalten hat, werden die Unterzeichner des Statuts und alle selbständigen Sattler- und Tapeziermeister, die der Innung beitreten wollen, gleichviel ob sie eine Betriebsklärung bereits abgegeben haben oder nicht, gem. § 5 der Volkz. Verf. vom 14. März 1898 zur Reichsgesetzgebung zu der am Sonntag, den 23. Juli 1922 nachm. 1/3 Uhr im Gasthof zum „Löwen“ in Altensteig-Stadt stattfindenden konstituierenden Versammlung berufen.

Nagold, den 20. Juli 1922. Oberamt: Müng.

Von verehrl. Schultheißenämtern empfohlen

**Radfahrkarten**

G. W. Zaiser, Nagold.

**Stottern**

Angehörig mit der Jungbr. Angewandte, auch bei Kindern, die schon erfolglos behandelt wurden, heilt sich ohne Altersunterschied rasch, gründlich und dauernd, erfahrener Fachmann unter Garantie! Keine Apparate und Eingriffe! Prima Dankschreiben! Untersuchung und Beratung kostenlos! Nur 14 Tage in Freudenstadt, Badstr. 59. Sprechst. : Werktags 10-12 und Sonntags 11-12 Uhr. ! ! Gib dies Inserat einem Sprachleidenden ! !

**Lehr- und Miet-Verträge**

empfehlen G. W. ZAISER, Buchhandlung, NAGOLD.



**Turn-Verein Nagold.**

Am Sonntag den 23. d. Mts. hält der Verein ein

**Schauturnen**

verbunden mit Jüglings- u. Schülerwettkämpfen auf dem Stadtpark ab. Hierzu werden unsere werthen Mitglieder und Turnfreunde höflich eingeladen.

Abmarsch vom Lokal 1/2 Uhr. Der Turnrat. Der Verkauf von Waren auf dem Festplatz ist nur den vom Verein Beauftragten gestattet.



**Emmingen.**

**Einweihung des Kriegerdenkmals**

am Sonntag den 23. ds. Mts.

Nachmittags 1 1/2 Uhr:

Aufstellung des Festzugs

am Ausgang des Orts der Wildbergerstraße und Zug desselben zum Rathaus zur Enthüllung des Denkmals.

Hierzu wird im Namen der bürgerlichen und kirchlichen Gemeinde und der Vereine eingeladen.

**Freie Schuhmacher-Innung des N.-Bezirks Nagold.**

Infolge der riesigen Steigerung der Lederpreise sind wir gezwungen, unsere Preise ab heute um — 50% — zu erhöhen. Reparaturen müssen nach Stundenlohn berechnet werden.

**Büro-Bedarf**

Geschäfts-Bücher-Papiere kaufen Sie preiswert bei

G. W. Zaiser, Nagold.

Nagold. Lichtspielhaus z. „Löwen“. Ab Freitag und Samstag abend 8.15 Uhr

Der geheimnisvolle Dold III. Teil in 6 Akten, sowie lustiges Beiprogramm.

Sonntag Vorh. 2.15, 4.30 und 8.15.

Nagold. 237

Tilsiter Käse vollfett, Romadour- und Limburger Käse

empfehlen solange Vorrat. Berg & Schmid.

Sache einen jüngeren Kutscher.

Bilkerstraße 27er Kutscher Schönbürg. 228

Zahltagstischchen mit und ohne Ausdrück liefert schnellstens Buchdruckerei Zaiser Nagold.

(Verlangen Sie Muster.)

Eine Ältre 226

Milch-Kub oder feigt dem Einstelltrieb kauf aus.

P. I. Schroth selber.

**Unterjettingen.**

**Kirchen-Konzert**

am Sonntag, 23. Juli 3 Uhr nachm.

unter Mitwirkung von Frä. Meta Diebel Kammerfängerin in Stuttgart.

Eintritt 10 M. oder zwei Eier.

**Einladung zum Rohrdorfer Bauerntag.**

Am Sonntag den 23. Juli nachmittags 1 Uhr auf dem Burgwiese bei Rohrdorf N. Hoeb die Sommertagung des Württ. Bauernbundes für den Bezirk Hoeb und Umgebung

Beginn 1 Uhr nachmittags.

Es werden sprechen: Reichs- u. Landtagsabg. Römer über: Heimatpolitik u. deutsche Zukunft. Landtagsabg. Dingler: Die Getreidenulage als Sondersteuer u. landespolitische Fragen.

Anschließend Trachtenschau; ferner Vortrag von Gemeinderat Schäfer über Geschichte u. Sagen der Urnenburg. Gefälliges Zusammensein u. Langunterhaltung. Für Musikvorstellungen u. Bewirtung ist besorgt. Bauern u. Bauernfrauen, Söhne u. Töchter erscheint in Massen!

Die Bauerntagsleitung.



**Wir liefern**

sämtliche Drucksachen für Industrie, Handel und Gewerbe, Vereine und Private :: Prospekte Broschüren :: Kataloge :: Einladungskarten für alle Zwecke :: Trauer-Drucksachen Briefbogen :: Couverts :: Geschäfts- und Visitenkarten :: Rechnungen Quittungen :: Plakate Sämtliche Formulare : überhaupt :

**alle Drucksachen!**

G. W. Zaiser Buchdruckerei fernsprecher 29. Nagold. fernsprecher 29.

**Rohrdorf.**

ca. 10 Wagen

**Dung**

hat zu verkaufen

Carl Simmendinger.

**Oberjettingen.**

Ein schönes 1/2jähriges

**Stierle**



ist anzusehen am Jakobiertag und sehr dem Verkauf aus Hausnummer 2.

Für

Radfahrer-, Sänger- u. Turnerfeste passende

**Dekorations-Schilder**

empfehlen

